

# OECD fordert Zerschlagung der Großbanken

## Abtrennung des Investmentbanking vom Filialgeschäft

chs. PARIS, 12. Oktober. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat in Paris eine Zerschlagung der internationalen Großbanken gefordert. Das Investmentbanking müsse vom Filialgeschäft für die Privatkunden und vom Kreditgeschäft für die Unternehmen getrennt werden, sagte Adrian Blundell-Wignall, der stellvertretende Leiter der für Finanzmärkte zuständigen OECD-Abteilung, vor Journalisten in Paris. Nur so könnten die stark gestiegenen Risiken auf den internationalen Finanzmärkten und das gegenseitige Misstrauen unter den Banken abgebaut werden. Auch das Problem der systemrelevanten Banken, die in Krisenzeiten unter Umständen von den Staaten zur Vermeidung von schweren Rezessionen gerettet werden müssten, würde so gelöst. Die Vorschläge der britischen Banken-Kommission

Die OECD will gestiegenen Risiken auf den Finanzmärkten und dem Misstrauen der Banken begegnen.

unter Vorsitz von Sir John Vickers, die eine Abtrennung des Investmentbanking forderten, seien richtig. „Die sogenannte Volcker-Regel in den Vereinigten Staaten ist weniger ehrgeizig, und im Euroraum tut sich leider gar nichts“, sagte Blundell-Wignall, ein Australier, der selbst fast zwei Jahrzehnte im internationalen Bankgeschäft tätig war.

Die OECD weist seit geraumer Zeit auf die Risiken durch den stark gewachsenen Derivatehandel der Investmentbanken hin. Es gebe zwar etliche sozial nützliche Derivate, die Fluggesellschaften etwa vor hohen Kerosinpreisen oder Rentner vor Schwankungen ihrer Altersabsicherung schützten, doch der Großteil der Derivate bestehe aus Spekulationsgeschäften zwischen den Banken. Obwohl der Derivatehandel maßgeblich zur Finanzkrise 2008 beigetragen habe, sei er seither kaum reduziert worden, moniert die OECD. 1998 habe der globale Wert der im Umlauf befindlichen Derivate noch das Dreifache des Welt-Bruttoinlandsproduktes betragen, 2010 entsprach er dem Zehnfachen. Das traditionelle Bankgeschäft mit Krediten oder dem Aktienhandel habe dagegen stagniert. Damit sei auch das Argument entkräftet, dass der Derivatehandel und mit ihm die Innovation durch neue Finanzprodukte das klassische Bankgeschäft fördere. Der Derivatehandel

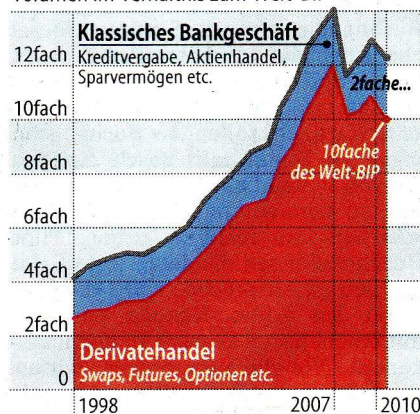
habe wenig Nutzen für die Realwirtschaft.

Die OECD ist auch gegenüber den Eigenkapitalvorschriften des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht skeptisch eingestellt. Die Kernkapitalquoten (Core Tier One und Tier) könnten nach den eigenen Berechnungsmethoden der Banken ausgewiesen werden. Dies sei besonders beim Unterposten der risikogewichteten Aktiva der Fall. Die OECD fordert stattdessen, dass die Banken eine allgemeine Verschuldungsquote (Leverage Ratio) ausweisen, in der das gesamte Vermögen und alle Verbindlichkeiten nach allgemein gültigen Kriterien berücksichtigt werden. Der Basler Ausschuss habe eine Leverage Ratio für 2019 von 3 Prozent in Aussicht gestellt, doch das sei nicht ausreichend.

Auch die Forderung nach Eigenkapitalaufschlägen für systemrelevante Banken reiche nicht aus. Diesen Banken würden in Zukunft noch mehr Derivate zufließen, weil die Geschäftspartner wüssten, dass sie im Zweifel von den Regierungen gerettet würden, argumentiert die OECD. Dadurch entstünde eine Konzentration von Risiken in wenigen Banken. Die starke Vernetzung zwischen den Finanzakteuren, die auf der Beschaffenheit der komplizierten Derivateprodukte beruhe, vergrößere die Gefahren. Dies hätten weder die Aufseher in Europa noch in den Vereinigten Staaten erkannt. „Die Reformen der Dodd-Frank-Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten sowie von Basel III berücksichtigen nicht ausreichend die Risiken, die aus der gegenseitigen Vernetzung der systemrelevanten Banken sowie ihrer übermäßigen Verschuldung entstehen“, meint die OECD.

### Derivatehandel kaum gebremst

Volumen im Verhältnis zum Welt-BIP



Quelle: OECD

F.A.Z.-Grafik Brocker